

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 1. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 4. Februar 2019
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 20:15 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 4 und 5 vom 24. und 31. Januar 2019 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

Stadtratspräsidentin	Barbara Lüthi-Kohler
Stimmenzähler	Franziska Cottier-Rupp, Werner Weber
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Gabriela Bannwart, Daniel Beck, Peter Biedermann, Tabea Bossard-Jenni, Georg Burkhard, Anna de Quervain, Hermann Dür, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Yves Greisler, Thomas Grimm, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Simon Kühni, Esther Liechti-Lanz, Pierre Manz, Adrian Merz, Andreas Rössler, Philipp Schärf, Andreas Stettler, Anette Vogt, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Paul Krähenbühl, Ian Thompson, Franziska Maurer Roschi, Manfred Schaffer, Peter Hauser, Peter von Arb, Karin Fankhauser
Entschuldigt	Annemarie Althaus-Zingg, Urs Gnehm, Marcel Meier, Michael Ritter
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Annette Wisler Albrecht
Entschuldigt	Christoph Grimm
Stadtschreiber	Roman Schenk
Auskunftspersonen	Anja Ruch, Leiterin Personal Rudolf Holzer, Leiter Baudirektion Peter Leuenberger, Leiter Sozialdirektion
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 10. Dezember 2018	3
- Informationen der Stadtratspräsidentin	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Motion FDP-Fraktion betreffend Einführung eines zweiten Wahlgangs	5
- Postulat Tabea Bossard-Jenni und Esther Liechti (EVP) betreffend „Förderung des Hanfanbaus für medizinische Zwecke im Emmental“	8
- Überparteiliche Interpellation BDP/SVP/EDU/FDP/GLP betreffend Verlängerung Arbeitsverhältnis Peter Hänsenberger	10
- Interpellation SP-Fraktion betreffend 5G-Netz in Burgdorf - Sind wir Versuchskaninchen?	11
- Interpellation SVP-Fraktion betreffend Sanierung/Anpassung der Betonklötze an der Brunnmattstrasse/Lochbachstrasse	11
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	12

Appell

Der durch die Stimmzählerin Cottier-Rupp Franziska durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 36 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2019-230 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 10. Dezember 2018

Verhandlung

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 36 Ja Stimmen das Protokoll der Stadtratssitzung vom 10. Dezember 2018.

SRB: 2019-231 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen der Stadtratspräsidentin

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara begrüsst die Anwesenden zur ersten Sitzung im Jahr 2019. Im Speziellen begrüsst sie als neues Stadratsmitglied Hauser Peter und wünscht ihm viel Freude im Amt.

Die Vorsitzende informiert über die besuchten Veranstaltungen. Am 25. Januar 2019 hat sie an der Sportlerehrung der Stadt Burgdorf in der Markthalle teilgenommen. Auch in diesem Jahr konnte Burgdorf seine erfolgreichen Sportler und Sportlerinnen feiern und ihnen beim Fest für ihre tollen Leistungen danken und den Respekt aussprechen. Der Dank geht an alle Verantwortlichen, die für das Gelingen des Festes verantwortlich waren. Am 17. Januar 2019 hat sie am Neujahrsapéro der Stiftung Intact teilgenommen. Beim Apéro war ein Referat von Beyeler Michelle, Dozentin der Berner Fachhochschule, mit dem Titel "Handlungsoptionen und Wahlfreiheit - Grundbedingungen einer erfolgreichen Integration" zu hören. Der Dank geht an die Verantwortlichen der Stiftung Intact. Am 11. Januar 2019 hat sie zusammen mit Stadtpräsident Berger Stefan am Neujahrsapéro von Regierungsstatthalterin Rindlisbacher Claudia in Langnau teilgenommen. Am 10. Januar 2019 ist eine Einladung des Stadtparlamentes Thun zur Feier "100 Jahre Stadtparlament" eingetroffen. Die Vorsitzende war leider verhindert, wurde aber durch den 1. Vizestadtratspräsident von Arb Peter vertreten. Ein Dank geht an ihn für seine Teilnahme. Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara orientiert im weiteren über diverses Organisatorisches. Gemäss der heutigen Stadtratssitzung wird die Sitzordnung erstellt. Wer Änderungswünsche hat, soll diese bis Ende Woche per Mail Henzi Brigitte mitteilen. Die Mitglieder des SR haben am 17. Januar 2019 eine Mail von Stadtschreiber Schenk Roman betreffend der Zufriedenheitsumfrage erhalten. Diese Umfrage soll bis am 22. Februar 2019 ausgefüllt werden. Vorstösse und Voten nach wie vor, wenn möglich, schriftlich per Mail an Henzi Brigitte senden. Dies erleichtert ihr die Arbeit. Die Mitglieder des SR werden gebeten bei Abstimmungen ihre Hand klar und deutlich zu erheben, weil es manchmal schwierig ist zu erkennen, wer wie abstimmt. Bei den Wortmeldungen bitte die Mikrophone benützen und diese anschliessend nicht ausschalten. Für den SR sind einige Stadratsreglemente aufgelegt. Diese sind zum Benützen und Mitnehmen gedacht.

Antrittsrede Stadtratspräsidentin Barbara Lüthi-Kohler

Neues Jahr, neue Ratspräsidentin und dazu gehört natürlich wie jedes Jahr auch eine Antrittsrede. Ich muss zugeben, dass ich mir schon sehr lange Gedanken mache, was ich euch Wertvolles mit ins Politjahr 2019 geben kann. Ich erinnere mich an all die Reden meiner Vorgänger, die ich an dieser Stelle schon gehört habe. Die Einen waren sportlich unterwegs, andere waren mehr im Wald und Garten oder beleuchteten die Wichtigkeit der Lokalpolitik. Alles gelungene Reden die mir gefallen haben. Eines hatten sie aber alle gemeinsam, sie wiesen darauf hin, dass wir hier zusammen kommen, um die richtigen Entscheidungen für Burgdorf zu treffen. Doch was genau braucht es um die richtigen Entscheidungen zu fällen? Dazu habe ich mir ein paar Gedanken gemacht. Wir entscheiden jeweils heute für Morgen und da müssen die Dinge gut überlegt und abgewogen werden. Ich habe jedem von euch, inklusive den Gemeinderäten und Gemeinderätinnen und dem Stadtschreiber, eine Baumnuss aufs Pult gelegt. Dies, als Symbol für den Baum dieser Frucht. Geht man nämlich auf die Suche in der Baummythologie, ist dort zu lesen, dass der Geist dieses Baumes den Menschen helfe, sich für neue Sichtweisen zu öffnen. Wenn ich bedenke, dass wir hier im Parlament heute für Morgen entscheiden, finde ich es ausserordentlich wichtig, dass wir offen sind für neue und auch andere Sichtweisen. Diese sorgfältig und kritisch betrachten und uns ein Bild über das grosse Ganze verschaffen, alles gemeinsam diskutieren und dann den Mut haben zu entscheiden. Ich bin überzeugt, dass diese Vorgehensweise uns hilft, die jeweils richtigen Entscheidungen für Burgdorf zu treffen. Die Zukunft hängt immer von dem ab, was wir heute entscheiden. Und darum, das möchte ich euch liebe Kolleginnen und Kollegen für das Politjahr 2019 mit auf den Weg geben, nehmt die Nuss mit nach Hause und schaut sie euch jeweils an, bevor ihr die Stadtratsunterlagen studiert. Ihr werdet dabei hoffentlich feststellen, dass es für gemeinsame nachhaltige Lösungen einen offenen Blick in alle Richtungen braucht. Ich wünsche uns, dass uns der Geist des Nussbaumes im kommenden Politjahr seine Wirkung spüren lässt!

SRB: 2019-232 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan informiert, dass die Mitglieder des SR einen Burgdorfer Pin auf dem Pult erhalten haben. Dieser ist zum Anlegen und Tragen gedacht, wenn man offizielle Anlässe besucht oder sonst unterwegs ist. So kann Burgdorf in die Welt herausgetragen werden.

Gemeinderätin Gübeli Charlotte stellt Leuenberger Peter, neuer Leiter der Sozialdirektion, vor. Er hat seine Tätigkeit am 6. Januar 2019 aufgenommen und hat sich bereits gut eingelebt. Fragen, Anregungen, Kritik und Lob nimmt er gerne entgegen.

Leuenberger Peter, Leiter Sozialdirektion, teilt mit, dass er 44 Jahre alt und in Bätterkinden wohnhaft ist. Seit Anfang Jahr arbeitet er wieder bei der Sozialdirektion der Stadt Burgdorf. Sein beruflicher Hintergrund ist Sozialarbeiter. Vorher hat er als Informatiker gearbeitet und ursprünglich hat er Chemielaborant gelernt. Von 2005 bis 2012 hat er bereits in der Sozialdirektion in praktisch allen Funktionen von Leistungen in der Sozialhilfe über Begleitungen im Kindes- und Erwachsenenschutz gearbeitet. Im 2013 ist er nach Schwyz gezogen und hat dort die KESB Innerschwyz aufgebaut. Es war eine relativ intensive Zeit mit einigem Auf und Ab. Nach dem Diggelmann Andreas pensioniert worden ist und die Zeit es mit sich gebracht hat, dass der Aufbau abgeschlossen ist, hat er es als gute Gelegenheit empfunden, wieder zurück zu kehren. Er freut sich sehr wieder bei der Stadt Burgdorf zu sein. Er hofft, der Bevölkerung, der Politik, den Mitarbeitenden und den Klienten gerecht zu werden.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass wir noch zwei weitere neue Geschäftsleitungsmitglieder haben und zwar Ruch Anja, Leiterin Personal, und Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion.

Ruch Anja, Leiterin Personal, orientiert, dass sie 1982 in Solothurn geboren wurde. Seit November 2018 wohnt sie in Rüdtilgen und am 1. November 2018 hat sie die Stelle als Leiterin Personal angetreten. Seit rund 11 Jahren arbeitet sie im HR. Sie arbeitete zuerst klassisch als Personalassistentin und hat

verschiedene Stationen durchlebt. Sie hat auch diverse Weiterbildungen absolviert. Im 2016 hat sie das Nachdiplomstudium als diplomierte Personalleiterin abgeschlossen. In den letzten vier Jahren hat sie beim Sportverband das HR aufgebaut. Nach vier Jahren war sie der Meinung, dass es nun aufgebaut ist und jemand neues kommen und das HR weiterführen kann. Sie hat die Stellenausschreibung der Stadt Burgdorf gesehen. Burgdorf ist eine tolle Stadt und die Verwaltung hat viele verschiedene Berufsbilder, was ihr sehr gut gefällt. Es ist schön, mit vielen verschiedenen Menschen zusammen zu arbeiten. Es gibt einiges zu tun. Wir können moderner werden im HR. Sie freut sich auf die anstehende Arbeit.

Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, informiert, dass er seine Stelle am 1. Januar 2019 angetreten hat. Er ist am 9. Mai 1970 im Seeland geboren und wohnt in Schönbühl. Beruflich hat er vier Hauptstammfelder. Er hat eine Lehre als Hochbauchzeichner gemacht und später am Tech in Burgdorf Architektur studiert und 1995 abgeschlossen. Später hat er in Bern Betriebswirtschaft und Unternehmensführung studiert und 2006 abgeschlossen. Vor ein paar Jahren hat er die Ausbildung zum Mediator an der Uni Fribourg begonnen und im 2017 abgeschlossen. Nach dem Tech hat er in zwei Architekturbüros im Seeland gearbeitet. Er hat danach nach Bern gewechselt und bei einem Management-Buy-out mitgemacht. Er war sieben Jahre Mitinhaber. Im 2007 hat er ein super Angebot erhalten für eine spannende Aufgabe bei der SBB Immobilien mit der Zentralisierung der Division in Bern. In diesen vier Jahren hat er auch Führungserfahrung gesammelt. Er hat die Immobilienentwicklung Mittelland und Tessin geleitet und bearbeitete Arealentwicklungen und pflegte Behördenkontakte. Im 2011 ist er in die Privatwirtschaft zurückgekehrt und hat beim grössten Immobilienentwickler der Schweiz mitgeholfen den Standort Bern aufzubauen. Er weiss, wie man Aufträge akquiriert und wie man unternehmerisch denkt. In den letzten zwei Jahren hat er den Standort Luzern für das Unternehmen aufgebaut. Danach hatte er das Gefühl, wieder in die Heimat zurück zu kehren. Er bekam die einmalige Chance vom Burgdorfer Gemeinderat (GR), die Leitung der Baudirektion zu übernehmen. Burgdorf ist eine tolle Stadt und Modellstadt. Burgdorf ist schön und gut aufgebaut. Sein Verständnis ist nicht das eines Verwalters, sondern eher, dass er ein Unternehmen leitet, das im städtischen Eigentum ist. Er will Burgdorf mit den Mitarbeitenden in die Zukunft führen. Er hat spannende Bereiche kennengelernt, die er vorher nicht gekannt hat wie zum Beispiel Stadtgrün oder Werkbetrieb. Er freut sich, die Zukunft von Burgdorf zu gestalten. Er kann die Zukunft nicht voraussehen, aber möglich machen. Das ist seine Motivation.

Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara dankt für die Vorstellung und wünscht ihnen viel Freude bei der Arbeit.

SRB: 2019-233 | Registratur-Nr. 1.10.1000.71

Motion FDP-Fraktion betreffend Einführung eines zweiten Wahlgangs

Verhandlung

Stadtratspräsident Berger Stefan teilt mit, dass das heutige Majorzwahlsystem mit einem einzigen Wahlgang, einer relativen Mehrheitswahl, in Burgdorf mit der Totalrevision der Gemeindeordnung (GO) vom 26. November 2000 unter anderem auch auf Wunsch der FDP eingeführt wurde. Die GO-Revision und das revidierte Abstimmungsreglement wurden anschliessend mit grossem Mehr vom Volk angenommen. Aus der Bevölkerung kam bis dato keine Kritik am aktuell gültigen Wahlsystem. Vor der GO-Revision wurden der GR und das Stadtpräsidium im Majorzsystem in zwei Wahlgängen gewählt. Die Motionärin wünscht sich nun eine Rückkehr zu diesem früheren Wahlprozedere und schlägt als Abweichung dazu vor, im zweiten Wahlgang keine neuen Kandidaten mehr zuzulassen. Das gleiche Begehren stellte die FDP bereits vor acht Jahren, als sie am 20. September 2010 die Motion betreffend Wiedereinführung des zweiten Wahlgangs bei Majorzwahlen einreichte. Diese wurde mit 24 gegen 13 Stimmen jedoch nicht überwiesen. Bei der Beantwortung der aktuellen Motion wurden die Wahlen 1988 bis 2016 im Detail ausgewertet. Das Stadtpräsidium wurde dabei immer bereits im ersten Wahlgang besetzt, auch mit mehreren Kandidaten. Bei den nebenamtlichen Gemeinderäten wurden mit Ausnahme der Wahl von 1992 immer fünf Sitze erst im zweiten Wahlgang besetzt, in welchem das relative Mehr massgebend war. Mit Blick auf diese Auswertung erwartet der GR auch heute noch, dass

ein zweiter Wahlgang zu keiner grösseren Korrektur der Wahlergebnisse führen würde. Im Gegenzug müsste für die Wahlen in zwei Wahlgängen mit einem deutlich höheren personellen, finanziellen, zeitlichen und administrativen Aufwand für die Parteien wie auch die Verwaltung gerechnet werden. Auch müsste der erste Wahltermin deutlich nach vorne verschoben werden, um Synergien mit eidgenössischen Wahlgängen nützen und die notwendigen Fristen für einen zweiten Wahlgang einhalten zu können. Gemäss GR ist das heutige System effizient, zielführend und transparent für alle. Der GR sieht keinen triftigen Grund für die Wiedereinführung von zwei Wahlgängen. Am Wahlwochenende wird gewählt und am Abend liegen die Resultate vor. Der GR beantragt deshalb die Ablehnung der Motion.

Stadträtin Fankhauser Karin, namens der FDP-Fraktion, dankt der Verwaltung für die ausgearbeitete Antwort. Sie ist sehr detailliert und gibt eine vollständige Information über Thematik und die geschichtlichen Hintergründe. Fakt ist, dass die Stadt Burgdorf nicht demokratisch unterwegs ist und schweizweit die einzige Stadt ist, die den zweiten Wahlgang nicht kennt. Für die FDP-Fraktion ist die Demokratie der Grundpfeiler unserer Gesellschaft, auch wenn es im vorliegenden Auftrag nur eine rechtstheoretische ist und sich in der Praxis in vielen Fällen keine Veränderung ergeben hätte. Wer weiss aber, was in Zukunft ist. Unsere Parteienlandschaft hat sich verändert. Es gibt mehr Parteien in Burgdorf. Die letzten Wahlen haben gezeigt, die Konkordanz ist nicht mehr gegeben und es besteht ein Missverhältnis zwischen den Parteistärken, im Parlament und in der Regierung. Dank der Konkordanz sollen gescheite Kompromisse geschmiedet werden, die auch Mehrheiten im Parlament finden. Ein zweiter Wahlgang gibt eine grössere Legitimation für die gewählten Kandidaten und Kandidatinnen. Auch bei den Stapiwahlen wäre es in einem Extremfall, beispielsweise wenn alle Parteien mit einem Kandidaten antreten würden, möglich, dass ein extrem tiefes Resultat von beispielsweise 30% ausreichen würde. Oder wahrscheinlicher ist, dass eine Drittkandidatur das Resultat so verfälschen könnte, dass es am Schluss ein Zufallsresultat gibt. Beides ist nicht im Interesse von unseren Stimmbürgern. Im übrigen hätte es auch bei den letzten Wahlen keinen zweiten Wahlgang gegeben. Stadtpräsident Berger Stefan ist mit einem absoluten Mehr im ersten Wahlgang gewählt worden. In diesem Sinn stärkt ein zweiter Wahlgang die Konkordanz und die Fairness und bildet die Parteienlandschaft besser ab. Auch wenn die Argumentation des GR stringent ist und ein zweiter Wahlgang in den letzten 20 Jahren zweimal abgelehnt wurde und sich wenig geändert hätte. Es ist oder hätte auch anders herauskommen können und das gilt für alle Parteien. In den letzten Jahren hat die Demokratie oder wenn wir es mit einem Unternehmen vergleichen, complains corporate converments, eine höhere Bedeutung bekommen. Eine tadellose Geschäftsführung oder in unserem Fall eine tadellose Gemeindeordnung ist eine Voraussetzung, damit keine rechtlichen Angriffsflächen geschaffen werden. Umso wichtiger ist es, dass Burgdorf eine korrekte Umsetzung des Wählerwillens umsetzen kann. Mit einem zweiten Wahlgang würde die Burgdorfer Demokratie gestärkt. Der SR wird gebeten, die Ablehnung des GR abzulehnen und den zweiten Wahlgang in Burgdorf, wie es in der Schweiz sonst gang und gäbe ist, wieder einzuführen.

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, dankt für die ausführliche Stellungnahme des GR. Besonders interessant ist der Vergleich vom Majorz- zum Proporzwahlssystem und vor allem auch die Auswirkungen eines zweiten Wahlgangs bei den Wahlen im Jahr 1988 bis 2000. Diese Zahlen sind zwar nicht mehr aktuell, können aber immer noch gelten. Das vermutet jedenfalls der GR. Ob mit einem oder zwei Wahlgängen, das Majorzwahlssystem bleibt eine Persönlichkeitswahl. Alle Bürger und auch die kleinen Parteien können mit einem guten Kandidaten einen Sitz gewinnen. Für die Stadt ist es auch wichtig, dass in der Exekutive kompetente Persönlichkeiten vertreten sind. Um bei den Wahlen aber erfolgreich zu sein, sind alle Parteien gefordert die Nachfolgeplanung rechtzeitig anzugehen und ihre Kandidaten aufzubauen. Die Majorzwahl in Burgdorf mit einem einzigen Wahlgang ist gemäss Stadtratsvorlage schweizweit einzigartig und gemäss verschiedenen Studien verletzt die relative Mehrheitswahl aber das demokratische Mehrheitsprinzip. Ein zweiter Wahlgang hingegen würde die demokratische Legitimation der Gewählten stärken. Zudem haben die Bürger eine grössere Anzahl Kandidaten zur Auswahl und die Parteien müssten sich nicht von Anfang an zu stark einschränken. Um Demokratiedefizite zu vermeiden, sollen in einem zweiten Wahlgang nur Kandidaturen vom ersten Wahlgang zugelassen werden. Die BDP-Fraktion ist für ein Quorum, um bei chancenlosen Kandidaturen keinen unnötigen zweiten Wahlgang auszulösen. Die BDP-Fraktion erachtet auch den zusätzlichen Aufwand für einen zweiten Wahlgang alle vier Jahre als vertretbar. Aus diesen Gründen unterstützt die BDP-Fraktion die Motion.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man der FDP-Fraktion insofern zustimmt, als die Konkordanz beim stadträtlichen Proporz derzeit nicht im GR vertreten ist. Die Argumentation der Motionärin ist insofern nicht nachvollziehbar als dass es bedeutet, dass unsere Regierung illegitim ist. Es gilt festzuhalten, dass es sich bei der Besetzung eines Exekutivamtes um eine Personen- und nicht Parteiwahl handelt. Auch bereits heute wählen die Bürger nach ihren Präferenzen. So sind die vorgedruckten Wahlzettel abgeschafft worden. Es wäre anmassend, wenn wir davon ausgehen, dass die Wählenden heute anhand der Nützlichkeit entscheiden und nicht anhand ihrer eigentlichen Präferenzen. Die demokratische Legitimation für das vereinfachte Wahlverfahren ist insofern gewährleistet als sich das Burgdorfer Stimmvolk bereits zweimal dafür ausgesprochen hat und auch der SR eine ähnliche Motion vor acht Jahren abgelehnt hat. Mathematisch ist bewiesen, dass nichts gegen eine relative Mehrheitswahl spricht. Zahlen von 1988 bis 2000 belegen, dass es im zweiten Wahlgang nur zu marginalen Veränderungen gekommen wäre. Auch aus finanzieller Sicht ergibt die Wiedereinführung eines zweiten Wahlgangs kein Sinn. Die Verwaltung würde Mehrkosten von rund Fr. 30'000.-- generieren. Aber auch für die Parteien ist von einem enormen finanziellen Mehraufwand auszugehen. Die relative Mehrheitswahl ist schweizweit einzigartig, aber sie ist nicht negativ einzigartig. Sie ist schlank, effizient und führt zu einem zielorientierten Ergebnis. Die SP-Fraktion lehnt aus diesen Gründen die Motion ab.

Stadtrat Beck Daniel, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man sich ausführlich mit der Motion der FDP-Fraktion beschäftigt hat. Man kann dem Auftrag auch durchaus etwas abgewinnen. Die SVP-Fraktion ist auch der Meinung, dass Wahlen der Exekutive reine Kopfahlen sind. Bei denen kommt es stark auf die einzelnen Kandidierenden an. Wenn der Wähleranteil der Parteien bei der Exekutive deutlicher zum Tragen kommen soll, müsste man eindeutig das Proporzwahlsystem einführen. Insbesondere aus den erwähnten Gründen wird die SVP-Fraktion dem Antrag des GR zustimmen.

Stadtrat Thompson Ian, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man die Motion eingehend diskutiert hat. Das Verhältnis der Majorzwahlen ist wichtig und im Prinzip wird die Motion unterstützt. Stadtrat Thompson Ian kommt ursprünglich aus England und weiss, was Majorzwahlen auf nationaler Ebene bringen können. Das führte auch manchmal zu schrägen Situationen. Aber in Burgdorf sind die Bündnisse verantwortlich um konsensorientierte Personen als Gemeinderatskandidaten wie auch als Stadtpräsident aufzustellen. Mit so vielen Parteien ist es aber nicht möglich, dass alle Parteien im GR oder als Stadtpräsident vertreten sind. In Burgdorf kennen sich die Personen. Die Personen sind wichtiger als die einzelnen Parteien. Im GR ist die Stadt Burgdorf sehr gut vertreten, auch im Zusammenhang mit der Parteienlandschaft. Ob eine Änderung des Systems wirklich viel bringt, wurde ausführlich beschrieben. Die Argumente für und dagegen sind verständlich. Die GLP-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen.

Stadträtin de Quervain Anna, namens der Grünen-Fraktion, schliesst sich den Voten des Stadtpräsidenten, der SP und SVP an. Man ist nach wie vor nicht der Meinung, dass ein Demokratiedefizit herrscht wie aus der Vorlage herauskommt. Zum einen haben es die Volksabstimmungen gezeigt und zum anderen würden die Resultate nicht wesentlich anders ausfallen mit einem zweiten Wahlgang. Es wird nur wesentlich teurer. Die Grünen-Fraktion unterstützt aus diesen Gründen den Antrag des GR.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, teilt mit, dass man das bestehende Wahlmodell stützt. Es ist einfach verständlich und hilft der Stadt Burgdorf Kosten zu sparen. Die Spielregeln sind von Anfang an klar. Sie sind im Gemeindereglement ersichtlich und eine gewisse Konstanz des Systems ist sehr wünschenswert. Es hilft unserer Demokratie mehr als ein starres nationales Wahlmodell. Die EVP unterstützt aus diesen Gründen den Antrag des GR.

Abstimmung

Motion zustimmen

Beschluss

Der Stadtrat lehnt mit 10 Ja und 26 Nein Stimmen die Motion ab.

SRB: 2019-234 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Postulat Tabea Bossard-Jenni und Esther Liechti (EVP) betreffend „Förderung des Hanfanbaus für medizinische Zwecke im Emmental“

Verhandlung

Gemeinderätin Gübeli Charlotte teilt mit, dass das Postulat der EVP betreffend Förderung des Hanfanbaus für medizinische Zwecke im Emmental vom GR fordert, dass er sich für den Anbau von Medizinalhanf im Emmental einsetzen soll. Der Hanf ist eine interessante Pflanze für den Anbau. Man kann nicht nur Cannabis gewinnen, sondern auch Fasern für Schuhe oder Hanfnüssli, die sehr ausgewogen sind mit ihrer Zusammensetzung an Fetten und Protein. Der Hanf wäre eine prima Alternative zu Soja. Hier geht es aber um die Förderung vom Anbau von Medizinalhanf im Emmental. Wie im Postulat richtig bemerkt wird, gibt es im Emmental bereits verschiedene Akteure, die sich mit Medizinalhanf befassen. Als Pionier stellt Fankhauser Manfred aus Langnau Tinkturen, die THC enthalten, her und darf diese auf Antrag von behandelnden Ärzten mit einer Spezialbewilligung vom Bundesamt für Gesundheit an Patienten liefern. Indikationen sind chronische Schmerzen, Multiple Sklerose, abfällig von Nebenwirkungen bei Chemotherapie und so weiter. Wenn man entsprechende Studien machen würde, könnte sich das Therapiespektrum noch stark ändern. Im Auftrag von Fankhauser Manfred stellt die Firma Cannapharm in Burgdorf die offenbar immer mehr verlangten Tinkturen für die Apotheke in Langnau her. Vor drei Wochen hat in Bern eine Tagung mit Fachleuten, die sich mit dem Thema Cannabis beschäftigen, stattgefunden. In der Pressemitteilung wurde angekündigt, dass der Bundesrat ab Sommer 2019 die Behandlungen mit THC-haltigen Tinkturen nicht mehr durch das BAG genehmigen zu lassen, sondern, dass die Tinkturen wie alle Betäubungsmittel mit einem speziellen Betäubungsrezept von jedem Arzt verschrieben werden können. Das würde eine Vervielfachung der Nachfrage bedeuten. Vielen Ärzten ist die aufwendige Bewilligungspraxis bis jetzt zu kompliziert gewesen und Patienten haben sich auf dem Schwarzmarkt mit THC-haltigem Cannabis eingedeckt oder Zuhause selber kultiviert. Dass das Emmental nicht schläft und die Entwicklung auf dem THC-Markt antizipiert, zeigt, dass B.forHealth Ende 2018 bereits bei zwei Projekten involviert ist. Auf der einen Seite möchte man die neu gegründete Firma Phyto Valley AG bei der Suche von Produktionsfläche unterstützen für Cannabis-Anbau und Indooranlagen mit genau kontrollierbaren Produktionsbedingungen. Die Phyto Valley AG wird aber nicht nur Cannabis anbauen, sondern auch Medizinalpflanzen aus dem Emmental produzieren und daraus Wirkstoffe gewinnen. Auf der anderen Seite hat B.forHealth bei möglichen Partnern bei der Ausarbeitung von NRP-Gesuchen geholfen. Man unterstützt sie bei der Suche nach finanziellen Mitteln. Der seit zwei Jahren erhältliche CBD-Hanf kann übrigens als Tee oder Öl in der Apotheke bei Gemeinderätin Gübeli Charlotte bestellt werden. Zigaretten werden jedoch keine verkauft, weil das gesundheitliche Risiko des Rauchens dazu kommt. Gemäss einer Studie von Sucht Schweiz, die letzte Woche publiziert wurde, hat sich der Hype für CBD-Produkte bereits stark abgeflacht und viele, die enthusiastisch in das neue Geschäftsfeld eingestiegen sind, mussten bereits wieder Konkurs anmelden. Der GR verfolgt die Cannabis- und THC-Entwicklung genau und wird sich bei Bedarf bei den verschiedenen Stellen für neue zukunftsweisende Projekte einsetzen. Sei dies bei der Regionalkonferenz, bei B.forHealth oder über unsere Grossratsmitglieder, die sich in Bern für gewisse Sachen einsetzen. Allerdings müssen wir auch realistisch sein, denn unsere Möglichkeiten sind leider beschränkt. Der GR stellt deshalb den Antrag, das Postulat zu genehmigen und gleichzeitig abzuschreiben.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man die Antwort des GR zum Postulat betreffend Förderung des Hanfanbaus für medizinische Zwecke im Emmental gelesen hat und dankt Gemeinderätin Gübeli Charlotte für die zusätzlichen Informationen. Die EVP stellt fest, dass sorgfältig recherchiert wurde und die aktuelle Situation bezüglich Medizinalhanf in der Schweiz ist eins zu eins wiedergegeben worden. Es gibt noch einiges zu tun. Die EVP begrüsst auch die Gründung der Phyto Valley AG unter dem Dach von B.forHealth. Es ist wichtig, dass die Region Emmental die Chance erhält mit politischer regionaler Unterstützung zu einer Kompetenzregion für Medizinalhanf zu werden. Durch Anbau und Verarbeitung soll die Wertschöpfung der genialen Kulturpflanze da bleiben. Der globale Markt für Medizinalhanf ist am Boomen. In der Presse war letzte Woche zu lesen, dass die israelische Regierung den Export von Medizinalhanfpräparaten neu erlaubt. 35'000 Patienten lassen sich in diesem Land mit Medizinalhanf behandeln. In der Antwort des GR wird vermisst, dass keine Aktivität, wie zum

Beispiel eine Intervention bei der Regionalkonferenz Emmental oder bei landwirtschaftlichen Organisationen, unternommen wurde. Deshalb bittet die EVP um Überweisung des Postulates ohne Abschreibung.

Stadtrat Grimm Thomas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man das Postulat eingehend studiert hat und unterstützt den Antrag des GR. Es wird gesagt, dass zu Gotthelfszeiten einige Väter nach einer strengen Woche am Sonntagnachmittag zum Entspannen auf der Sitzbank vor dem Bauernhaus eine Pfeife Kraut geraucht haben. Dass das Hanf zur verbotenen Sucht erklärt würde, hatte jedoch einige andere Gründe als der angebliche Kiffermissbrauch. Die lindernde Wirkung durch die Anwendung von Medizinalcannabis, vor allem bei Patienten mit chronischen Schmerzen, ist mittlerweile unbestritten. Gemäss Bundesamt für Gesundheit BAG benützen 70'000 bis 100'000 Schmerzpatienten aus rein medizinischen Gründen Cannabis regelmässig. Sei dies in Form von Tropfen, Inhalation, Tee oder selber gebackener Cakes. Tatsache ist, dass nur 4'000 davon über eine legale Bezugsbewilligung vom BAG verfügen und ihr Cannabis in Medizinalform in den zwei autorisierten Apotheken in der Schweiz, unter anderem Fankhauser in Langnau, legal beziehen können. Die grosse Mehrheit der Medizinalkonsumenten sind gezwungen, das Cannabis illegal auf dem Schwarzmarkt zu erwerben, wo das Kraut weder auf seine tatsächliche Wirkung, noch auf Pestizidrückstände vorgängig untersucht worden ist. Insider sagen, dass seit 2017 im BAG nicht mehr Mediziner den Bewilligungsprozess prägen, sondern ein paar Juristen aus der Rechtsabteilung und sich wohl übereifrig mit der Materie befassen. Durch seine gesetzliche Auslegung treibt das BAG nicht nur schmerzgeplagte Patienten in die Illegalität, sondern bringt die Eidgenossenschaft um namhafte Steuereinnahmen. Anstelle dass der Medizinalhanf legal in die Säcke unserer Bauern geht, fliessen die Moneten heute in die undurchsichtigen Kanäle von kriminellen Organisationen, die mit ihren Finanzen das organisierte Verbrechen oder den internationalen Terrorismus unterstützen. Im Sommer 2019 will der Bundesrat eine Änderung umsetzen, um den Medizinalhanf der Swissmedic abzugeben. Das ist ein Hoffnungsschimmer. Im Fall, dass dies nicht so umgesetzt wird, ist gemäss Fahrplan der Verwaltung frühestens im Jahr 2022 mit der regulierten Legalisierung vom Anbau und Konsum von Medizinalcannabis im Gesundheitswesen in der Schweiz zu rechnen. Wenn wir aber dem verträumten Verwaltungstrieb tatenlos zusehen, ist bis dahin der Cannabis-Zug für die Schweizer Landwirtschaft abgelaufen. Kanada, Holland und Israel sind bereits heute sehr aktiv in diesem Geschäft tätig. Deshalb müssen wir politisch Druck auf die Verwaltung machen. Der GR soll das vorliegende Postulat zum Anlass nehmen, allen Bauern im Nationalrat einen Brief zu schreiben mit der Bitte, dass das BAG dringend auf politischem Weg eine vernünftige gesetzliche Übergangslösung für den Schweizer Medizinalcannabis Anbau und Konsum im Gesundheitswesen, bis zur tatsächlichen Inkraftsetzung der neuen Bestimmungen im Jahr 2022, erarbeitet. Die FDP-Fraktion bittet den SR, dem Postulat zuzustimmen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man die Stossrichtung des Postulates unterstützt. Der Anbau von Medizinalhanf soll gefördert, beziehungsweise vereinfacht werden. Der Vorteil der palliativen Anwendung von Hanfpräparaten in Kombination mit CBD ist mit Studien belegt und von fast niemandem mehr bestritten. Schmerzpatienten und Personen mit Multiple Sklerose profitieren davon. Es ist aber kompliziert an diese Medikamente zu gelangen ohne sich in der Grauzone zu bewegen und legal zu besorgen. Ein vereinfachter Anbau und damit ein breiteres Angebot würden vielen helfen, gegen ihre Beschwerden und aus der Illegalität zu kommen. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb einstimmig die Annahme des Postulats. In der Antwort des GR wird zwar aufgezeigt, warum man den Anbau unterstützen soll. Es steht aber wenig bis nichts zu den konkreten Aktionen, die der GR auslösen möchte. Das Postulat ist somit noch nicht erfüllt. Was könnten der GR und die Stadt Burgdorf konkret machen, um den Anbau von Medizinalhanf zu fördern und zu unterstützen? Es steht nichts darüber, ob die geforderte Aktion in der Regionalkonferenz ausgelöst oder was konkret geplant wurde. Gemeinderätin Gübeli Charlotte hat vorhin bereits mehr Informationen geliefert. Die Stadt Burgdorf könnte sich auch auf eidgenössischer Ebene stark machen, dass die Regulierung vereinfacht wird. Die Burgdorfer Grossräte könnten sich einsetzen. Man kann sich auch direkt beim Regierungsrat zum Beispiel mit einer Standesinitiative einsetzen. Es gäbe konkrete Möglichkeiten sich einzusetzen. Ein Statement, dass der GR in Zukunft das Thema weiterverfolgt ohne konkret aufzuzeigen, wie er das genau machen will, reicht nicht als Antwort. Die Abschreibung des Postulates wird deshalb bestritten. Der GR wird aufgefordert, sich mehr für das Thema stark zu machen.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass die Stossrichtung grundsätzlich unterstützt wird über die Bedeutung des Hanfanbaus für medizinische Zwecke. Man ist jedoch der Meinung, dass die Flughöhe nicht ganz stimmt. Es handelt sich um ein Thema, das vorwiegend auf kantonaler Ebene gelöst werden sollte. Gemeinderätin Gübeli Charlotte und der GR haben ausführlich dargelegt, wie ihre Haltung ist. Die GLP-Fraktion unterstützt dies auch. Man erwartet von den Mitgliedern des Grossrates von Burgdorf und dem Emmental, dass sie sich aktiv einsetzen. Die GLP-Fraktion stimmt dem Postulat und der gleichzeitigen Abschreibung zu.

Stadtrat Dür Herman möchte wissen, was passiert, wenn das Postulat abgeschrieben wird und wie der GR weiterhin aktiv bleibt.

Stadtpräsident Berger Stefan dankt für die Diskussion und die Aussage, in welcher Flughöhe wir uns befinden. Die NRP-Gesuche (Neue Regionalpolitik) werden durch die Regionalkonferenz bearbeitet und dann dem Kanton weitergeleitet. Diese werden von Bund und Kanton mitfinanziert. Man ist mit der Regionalkonferenz dran. B.forHealth hilft dabei, die NRP-Gesuche richtig auszufüllen und einzureichen. Der GR ist froh, dass der SR ihm so viel Gewicht gibt, um Personalpolitik und Bewilligungspolitik vom BAG zu beeinflussen. Die Motion der FDP zeigt, dass im ersten Wahlgang die richtigen Leute gewählt wurden. Falls der SR das Postulat nicht abschreibt, kann der GR die Mitglieder des Nationalrates entsprechend anschreiben und eine Städteinitiative lancieren, aber es ist nicht die Ebene, wo wir was bewirken können. Die Mitglieder des SR müssen aktiv werden. Der GR kann relativ wenig dazu beitragen. Es ist eine nationale Sache und als Stadt Burgdorf haben wir wenig Einfluss darauf. Wenn der GR beschäftigt werden soll, können entsprechende Briefe verfasst werden.

Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara informiert über das Abstimmungsprozedere. Zuerst wird über das Postulat und im Anschluss über die Abschreibung abgestimmt.

Abstimmung

Postulat überweisen

Beschluss

Der Stadtrat überweist das Postulat mit 36 Ja Stimmen an den Gemeinderat.

Abstimmung

Postulat abschreiben

Beschluss

Der Stadtrat schreibt das Postulat mit 22 Ja und 14 Nein Stimmen ab.

SRB: 2019-235 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Überparteiliche Interpellation BDP/SVP/EDU/FDP/GLP betreffend Verlängerung Arbeitsverhältnis Peter Hänsenberger

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Greisler Yves, namens der Interpellanten, dankt dem GR und der Verwaltung für die Antworten und erklärt sich von der Stellungnahme des GR befriedigt.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2019-236 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation SP-Fraktion betreffend 5G-Netz in Burgdorf - Sind wir Versuchskaninchen?

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Geiser Urs, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man von der Antwort des GR befriedigt ist. Die Antworten sind in allen Teilen nachvollziehbar und gut abgestützt. Das Anliegen wurde der SP zugetragen. Nach der Antwort des GR muss man feststellen, dass man nicht von der richtigen Voraussetzung ausgegangen ist. Es macht jedoch nichts, im Nachhinein ist man gescheitert. Beim 5G-Netz geht es um eine neue Technologie. Neue Technologien haben es an sich, dass sie Ängste, Befürchtungen und Bedenken auslösen. Manchmal sind sie berechtigt und manchmal nicht. Man ist als Politiker gut dran, wenn die Sorgen ernst genommen und in geeigneter Form aufgenommen werden. Es ist gut, wenn man die weitere Entwicklung im Auge behält. Es ist längstens noch nicht alles ausdiskutiert. Es ist wunderbar, wenn man immer und überall unbeschränkt im Netz surfen kann, aber man ist sich einig, dass es keine Experimente mit der Gesundheit der Bevölkerung geben darf. Die SP-Fraktion dankt der Verwaltung und dem GR für die Antworten. Alle sollen die Augen offen halten, damit alle Fragen zur richtigen Zeit geklärt werden können.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2019-237 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation SVP-Fraktion betreffend Sanierung/Anpassung der Betonklötze an der Brunnmattstrasse/Lochbachstrasse

Verhandlung

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Beck Daniel, namens der SVP-Fraktion, dankt für die Antworten und erklärt sich teilweise befriedigt. Insbesondere ist man mit den Antworten 1 und 3 nicht zufrieden. Aus dem Bericht der BZ im Januar musste entnommen werden, dass die bestehenden Verkehrsberuhigungsmassnahmen entgegen den Ausführungen des GR anscheinend nicht auf Initiative des Quartierleistes Burgdorf Süd entstanden sind, sondern von der Baudirektion getroffen und ausgeführt wurden. Es stellt sich die Frage, welche Aussage nun stimmt. In der Antwort zur Frage 3 steht, dass die Betonklötze nicht mit Reflektoren versehen werden müssen, weil sie sich ausserhalb des Strassenraumes befinden. Genau diese Betonklötze stehen aber unmittelbar auf dem gelb markierten Velostreifen und stellen ohne Reflektoren eine Gefahr für die Velofahrer dar. Aus Sicherheitsgründen müssen die Betonklötze aus Sicht der SVP-Fraktion mit Reflektoren nachgerüstet werden. Ebenso müssen die restlichen Betonelemente entlang der Brunnmattstrasse und dem Einschlagweg der Strassennorm entsprechend mit Reflektoren nachgerüstet werden, wo sie noch fehlen. Man würde es zudem begrüssen, wenn die Baudirektion mit dem Quartierleist Burgdorf Süd Kontakt aufnimmt und die vorliegenden Differenzen bereinigt.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

SRB: 2019-238 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10
Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

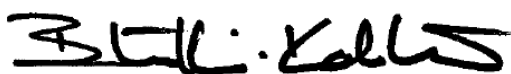
Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag SP und Grüne betreffend Zukunft Elektromobilität bei Fahrzeugen der Stadt
- Dringliches Postulat SP-Fraktion betreffend Verkehr Gemeindestrasse Doktorstützli, Burgdorf (Das Stadtratsbüro lehnte die Dringlichkeit ab.)
- Postulat Grüne, SP und EVP Burgdorf betreffend Förderung der Biodiversität in der Stadt Burgdorf
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Infrastruktur Feuerwehr Burgdorf
- Interpellation Grünen Burgdorf betreffend experimentelles Wohnen an der Thunstrasse

Stadtratspräsidentin Lüthi-Kohler Barbara teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist. Die erste Runde übernimmt traditionsgemäss die Vorsitzende.

Burgdorf, 8. März 2019

Namens des Stadtrates:



Barbara Lüthi-Kohler
Stadtratspräsidentin



Brigitte Henzi
Protokollführerin